

## **Global gedacht, lokal gemacht - Wir als KLJB sind schon lange Teil einer globalen Klimabewegung!**

1       *„Die Klimakrise stellt die größte Bedrohung für Menschheit und Ökosysteme im 21. Jahrhundert*  
2       *dar. Bis 2019 hat sich die Welt laut IPCC<sup>1</sup> im Vergleich zur vorindustriellen Zeit um circa ein*  
3       *Grad Celsius erwärmt und dieser Prozess schreitet weiter voran. Die aus dem Klimawandel resul-*  
4       *tierenden Folgen, wie die Häufung extremer Wetterereignisse und das Artensterben, stellen be-*  
5       *reits heute eine reale Bedrohung für uns alle dar. Deutschland als sehr reiches Land hat einen der*  
6       *höchsten Pro-Kopf-Ausstöße an Treibhausgasen und zählt damit zu den Hauptverursachern der*  
7       *Klimakrise. Dabei ist unsere Generation die erste, die die Folgen des Klimawandels spüren wird*  
8       *und gleichzeitig die letzte, die sie eindämmen kann.“<sup>2</sup>*

9  
10      Als größter ländlicher Jugendverband in Bayern, in dem sich über 26.000 junge Christinnen und  
11      Christen engagieren, nehmen wir unsere Verantwortung für die uns anvertraute Schöpfung ernst.  
12      Deshalb erinnern wir Politik und Kirche eindringlich daran, dass im Hinblick auf einen voran-  
13      schreitenden Klimawandel viel zu wenig passiert, um die zunehmenden negativen Folgen einzu-  
14      dämmen bzw. zu vermeiden.

15  
16      Die KLJB befasste sich in den letzten Jahrzehnten immer wieder mit dem Themenfeld „Klima-  
17      wandel“ und begrüßt die aktuelle gesellschaftliche und politische Debatte. Für 2020 planen wir  
18      ein neues Projekt unter dem Titel „Hitze frei“.

19  
20      Unsere Arbeit steht schon lange unter dem Motto „Global gedacht, lokal gemacht“. Die KLJB  
21      Bayern hat langjährige Erfahrung in der Bildungsarbeit für nachhaltige Entwicklung, bei internati-  
22      onalen Begegnungen und bei jugendpolitischen Aktionen auf dem Land. Wir bemühen uns, einen  
23      nachhaltigen Lebensstil zu führen und vorzuleben.

---

<sup>1</sup> Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC, Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen), im Deutschen oft als „Weltklimarat“ bezeichnet  
<sup>2</sup> <https://fff-muc.de/forderungen-muenchen.pdf>

24 Wir sehen uns dabei als Teil einer globalen Klimabewegung, die einen klimaverträglichen Lebens-  
25 stil einfordert und sich für klimapolitische Ziele wie eine Vereinbarung zur Begrenzung der glo-  
26 balen Erderwärmung durch CO<sub>2</sub> bei der nächsten Weltklimakonferenz in Glasgow auch politisch  
27 einsetzt.

28

29 Darum ist es uns wichtig, uns in folgenden zentralen Forderungen mit der „Fridays-for-Future-  
30 Bewegung“ (FFF) zu solidarisieren<sup>3</sup>:

31

- 32 • Nettonull beim CO<sub>2</sub> bis **2035** erreichen
- 33 • Kohleausstieg bis **2030**
- 34 • **100 %** erneuerbare Energieversorgung bis **2035**

35

36 Rückblickend müssen wir feststellen, dass zwar einige unserer Forderungen inzwischen umgesetzt  
37 sind, doch auch viele unserer richtungsweisenden Positionierungen im Bereich der Klimapolitik in  
38 den vergangenen 20 Jahren wenig Gehör gefunden haben.

39

40 Trotzdem oder gerade deshalb halten wir an unseren hier gesammelten Forderungen der letzten  
41 20 Jahre im Bereich Klimapolitik und Nachhaltigkeit fest.

42

43 Unsere Forderungen der letzten Jahrzehnte sind zudem deutlich ambitionierter als die Ziele des  
44 Klimapaketes der aktuellen Bundesregierung und der EU. Es ist höchste Zeit, auf allen politischen  
45 Ebenen – von der Kommune bis hin zu weltweiten verbindlichen Abkommen - ambitioniertere  
46 Ziele zu setzen und diese auch konsequent umzusetzen!

47

---

<sup>3</sup> <https://fridaysforfuture.de/forderungen/>

48 **Unser Beitrag als KLJB wird weiter sein,**

- 49 • für die genannten Ziele und Forderungen politisch aktiv zu werden (u.a. im neuen Projekt  
50 „Hitzefrei“).
- 51 • die Bildungsarbeit der KLJB zu stärken, v. a. im Hinblick auf die Förderung eines nachhal-  
52 tigen Lebensstils (mehr Lebensqualität durch weniger/kritischen Konsum, geringeren  
53 Energieverbrauch durch innovative Techniken etc.).
- 54 • der Nutzung des öffentlichen Personenverkehrs den Vorzug gegenüber dem PKW einzu-  
55 räumen und Flugreisen zu vermeiden.
- 56 • im persönlichen Lebensstil größten Wert auf die Einsparung von Energie zu legen (z. B.  
57 bei der Auswahl energieeffizienter Geräte oder Verzicht auf unnötigen Ressourcenver-  
58 brauch).
- 59 • regionale, ökologische und saisonale Lebensmittel einzukaufen, um damit die Nachfrage  
60 nach regionalen Bio-Lebensmitteln zu steigern.
- 61 • unsere Tagungshäuser nach Nachhaltigkeitskriterien auszuwählen.
- 62 • in Anknüpfung an das Projekt „Ausgewachsen. Wie viel ist genug?“ wachstumskritisch zu  
63 bleiben.

64

65 **Forderungen aus dem Beschluss „Eternergy“, 2002<sup>4</sup>**

- 66 • Die Förderung eines natur- und ressourcenschonenden Lebensstils muss ein zentrales Ziel  
67 der Politik und aller gesellschaftlichen Kräfte sein.
- 68 • Es kommt ganz wesentlich darauf an, dass die Bewusstseinsbildung im Bereich Ökologie  
69 wieder verstärkt wird. Wer versteht, wie grundsätzlich unsere Zukunft von den ökologi-  
70 schen Bedingungen unseres Lebens abhängt, wird eher bereit sein, sein Handeln heute  
71 davon bestimmen zu lassen und den eigenen Lebensstil zu überdenken.
- 72 • Deutschland soll bei der Definition und Umsetzung internationaler Klimaschutz-Ziele auch  
73 weiterhin eine Vorreiter- und Motorenrolle spielen.
- 74 • Ausbau der Forschungsmittel für erneuerbare Energie

---

<sup>4</sup> <https://www.kljb-bayern.de/service/beschluesse/>

- 75 • Die Gewinnung der Landwirtschaft als Bündnispartner für diese Energiewende durch eine  
76 konsequente Förderung nachwachsender Rohstoffe
- 77 • Verkehrsvermeidungspolitik: durch Verzicht auf unnötige Fahrten, und eine Abstimmung  
78 des öffentlichen Personennahverkehrs auf die Siedlungs- und Flächennutzungspolitik, För-  
79 derung regionaler Wirtschaftskreisläufe
- 80 • Eine durchgängig bevorzugte Förderung und einen ökologisch verträglich gestalteten Aus-  
81 bau von Schiene, ÖPNV und Wasserstraße gegenüber der Straße: Dabei müssen insbe-  
82 sondere der ländliche Raum und innovative Verkehrsprojekte im öffentlichen Nah- und  
83 Fernverkehr gefördert werden.
- 84 • Eine generelle Anwendung des reduzierten MwSt.-Satzes im öffentlichen Nah- und Fern-  
85 verkehr bei Bus und Bahn
- 86 • Kontinuierliche Anhebung der Mineralölsteuer, Differenzierung der KFZ-Steuer nach  
87 CO<sub>2</sub>-Ausstoß
- 88 • Einführung einer emissionsabhängigen Straßenbenutzungsgebühr für LKW
- 89 • Flugverkehr: schärfere Emissionsgrenzwerte für neue Flugzeuge, eine Besteuerung der  
90 Treibstoffe für Flugzeuge und eine generelle Abschaffung der Mehrwertsteuerbefreiung  
91 für den Flugverkehr

92

93 **Forderungen aus dem Beschluss „Herausforderungen des Klimawandels begeg-**  
94 **nen“, 2007<sup>5</sup>**

- 95 • Die KLJB Bayern fordert so schnell wie möglich eine europaweite Besteuerung von Flug-  
96 benzin.
- 97 • Darüber hinaus muss es unmittelbar eine Abgabe auf das verbrauchte Kerosin bei inner-  
98 deutschen Flügen geben.
- 99 • Auf europäischer Ebene müssen Schadstoffgrenzwerte für Flugzeuge eingeführt werden.
- 100 • Den Neu- und Ausbau von Flughäfen sieht die KLJB Bayern angesichts des Zieles einer  
101 Reduzierung des Flugverkehrs sehr skeptisch.
- 102 • Um eine Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes voranzutreiben, setzt sich die KLJB Bayern für  
103 ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen ein.

---

<sup>5</sup> [www.kljb.click/klimawandel2007](http://www.kljb.click/klimawandel2007)

- 104 • Für die Verkehrsreduzierung in Städten müssen attraktive Konzepte entwickelt werden,  
105 da dort der Schadstoffausstoß am Höchsten ist.
- 106 • Die KLJB Bayern fordert die verstärkte Förderung des öffentlichen Schienennah- und  
107 Fernverkehrs für Personen und Güter, besonders um den stetig steigenden LKW-Anteil  
108 auf den Straßen zu reduzieren und um insbesondere eine Mobilitätsalternative für den  
109 ländlichen Raum anzubieten.
- 110 • Die KLJB Bayern fordert die öffentlichen Institutionen auf, ihre Fuhrparks baldmöglichst  
111 CO<sub>2</sub>-neutral zu gestalten.
- 112 • Die KLJB Bayern fordert die Einbeziehung der Binnen- und Hochseeschifffahrt in den  
113 Emissionshandel. Besonders kritisch ist darüber hinaus der Ausstoß an anderen Schad-  
114 stoffen wie Schwefeldioxid, Stickoxide und Rußpartikel durch die Verwendung von  
115 Schweröl als Kraftstoff. Hier müssen strengere Grenzwerte formuliert werden.
- 116 • Die KLJB Bayern fordert eine verstärkte Förderung der Forschung im Bereich der erneu-  
117 erbaren Energien. Eine global gerechte Energieversorgung ist nur auf Basis erneuerbarer  
118 Energien nachhaltig erreichbar.
- 119 • Aus Sicht der KLJB Bayern ist der wichtigste Punkt, alle Möglichkeiten der Energieeinspa-  
120 rung mit Nachdruck umzusetzen.
- 121 • Dazu müssen alle technischen Geräte verpflichtend und einheitlich nach ihrem Stromver-  
122 brauch gekennzeichnet werden. Diese Kennzeichnung muss gut erkennbar und vergleich-  
123 bar sein, um Verbraucher und Verbraucherinnen bei der Wahl energiesparender Geräte  
124 zu unterstützen.
- 125 • Verbot einer unnötigen Stand-by-Funktion bei Neugeräten
- 126 • Von den öffentlichen Einrichtungen und Institutionen fordert die KLJB Bayern eine effizi-  
127 ente Nutzung von Energie (z. B. Beleuchtung von Gebäuden, Straßenbeleuchtung, Fuhr-  
128 parks, Gebäudeheizung usw.).
- 129 • Außerdem muss die Nutzung erneuerbarer Energien und die Kraft-Wärme-Kopplung so-  
130 wie eine effiziente Energienutzung bei der Städteplanung und bei der Erteilung von Bau-  
131 genehmigungen berücksichtigt werden. So darf kein Bau von neuen Siedlungen ohne  
132 Kraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung genehmigt werden. Städte und Gemeinden haben  
133 dies in ihrer Bauleitplanung (Flächennutzungspläne und Bebauungspläne) umzusetzen.

- 134 • Weiter fordert die KLJB Bayern einen Ausbau der Forschung zur Entwicklung und Ver-  
135 besserung von Möglichkeiten im Bereich der Energieeinsparung.

136

137 **Forderungen aus dem Beschluss „Klimapolitik ist auch Entwicklungspolitik“,**  
138 **2011<sup>6</sup>**

- 139 • Förderung regionaler Vermarktungsgesellschaften, um Transportwege möglichst kurz zu  
140 halten
- 141 • Freier Zugang zu Saatgut, damit Kleinbauern und –bäuerinnen, die sich an den Klimawan-  
142 del anpassen müssen, nicht in finanzielle Abhängigkeit von Agrarkonzernen gelangen
- 143 • Eindämmung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes und die Entwicklung realistischer Konzepte, wie die Ziel-  
144 marke eines maximalen Ausstoßes von 1,5 t CO<sub>2</sub> pro Kopf und Jahr erreicht werden  
145 kann
- 146 • Von den Industriestaaten, dass sie eine klimaverträgliche postfossile Entwicklung vorleben  
147 und ihre globale Verantwortung wahrnehmen
- 148 • Den Status von Klimaflüchtlingen zu klären und Rechtssicherheit zu schaffen
- 149 • Die Interessen am Wachstum der Wirtschaft in den sog. „Entwicklungsländern“ nicht mit  
150 dem Profit global agierender Konzerne zu verknüpfen

151

152 **Forderungen aus dem Beschluss „Entwicklungsland Bayern“, 2015<sup>7</sup>**

- 153 • Die Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie muss zu einer normativ verbindlichen, global aus-  
154 gerichteten Strategie mit einem kohärenten Zielsystem weiterentwickelt werden. Sie  
155 muss ambitionierte, präzise, handlungs- und wirkungsorientierte Ziele enthalten, die mit  
156 geeigneten Indikatoren quantifizierbar und messbar sind. Die Strategie muss mit entspre-  
157 chenden Haushaltsmitteln hinterlegt sein.
- 158 • Da nachhaltige Entwicklung ein langfristig angelegter Prozess ist, der sich beständig wei-  
159 terentwickelt, ist eine Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie alle 15 Jahre vorzuse-  
160 hen.

---

<sup>6</sup> [www.kljb.click/klimapolitikentwicklung](http://www.kljb.click/klimapolitikentwicklung)

<sup>7</sup> [www.kljb.click/entwicklungslandbayern](http://www.kljb.click/entwicklungslandbayern)

- 161 • Nachhaltige Entwicklung ist eine Querschnittsaufgabe, die sich in ihrer ökonomischen,  
162 ökologischen und sozialen Dimension ressortübergreifend durch alle Bereiche der Lan-  
163 despolitik zieht und muss daher in der Staatskanzlei angesiedelt sein. Nur dadurch ist es  
164 möglich, in einem ganzheitlichen Ansatz eine kohärente Umsetzung zu gewährleisten.
- 165 • Zur Überprüfung der Zielerreichung ist von der Staatskanzlei alle zwei Jahre ein Indika-  
166 toren-Bericht über den Stand und den Fortschritt der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrate-  
167 gie dem Bayerischen Landtag vorzulegen.
- 168 • Jede Initiative für neue Gesetze, Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften sind  
169 durch das federführende Ministerium daraufhin zu überprüfen, wie sich das Vorhaben auf  
170 die Zielerreichung der Nachhaltigkeitsstrategie auswirkt. Insbesondere die langfristigen  
171 Wirkungen sind in einer Nachhaltigkeitsprüfung schriftlich darzustellen.
- 172 • Ein Beirat der Landesregierung für nachhaltige Entwicklung soll als unabhängige Kontrol-  
173 linstanz die Zielerreichung öffentlich begleiten, als Beratungsgremium zu allen Fragen  
174 nachhaltiger Entwicklung die Staatsregierung beraten und den gesellschaftlichen Dialog zur  
175 nachhaltigen Entwicklung fördern. Dazu muss der Beirat in seiner Besetzung die Breite  
176 der Gesellschaft abbilden (Vertretungen der Kommunen, Umweltorganisationen, Land-  
177 wirtschaft, Gewerkschaften, Sozialverbände etc.) und eine Jugendvertretung gewährleis-  
178 tet sein.
- 179 • Eine erfolgreiche nachhaltige Entwicklung muss alle Akteure einbeziehen. Daher fordern  
180 wir von der Staatsregierung, öffentliche und private Institutionen (Kommunen, NGOs,  
181 gesellschaftliche Gruppierungen) zu unterstützen und zu motivieren, ihren Beitrag zu leis-  
182 ten.
- 183 • Die Staatsregierung muss ihre Möglichkeiten ausschöpfen, um auf private wie öffentli-  
184 che/kommunale Unternehmen einzuwirken, ihre Verantwortung wahrzunehmen (für ge-  
185 rechte internationale Handelsbeziehungen und faire Arbeitsbedingungen, verbindliche  
186 Umwelt- und Sozialstandards entlang der Wertschöpfungskette).
- 187 • Der Freistaat selbst muss eine Vorbildfunktion einnehmen und in seinen Institutionen die  
188 Ziele nachhaltiger Entwicklung in Personalpolitik wie bei Beschaffung und Vergabe umset-  
189 zen.
- 190 • Der Freistaat muss in einer intensiveren Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, im formalen  
191 wie non-formalen Bereich mehr Aufklärungsarbeit im Sinne der Nachhaltigkeitsstrategie  
192 leisten.

193

194 **Forderungen aus den Beschlüssen „Kirche und Klimawandel“, 2007<sup>8</sup>, sowie „Jetzt**  
195 **handeln! Schöpfung bewahren.“, 2018<sup>9</sup>**

- 196 • Verbindliche Standards für alle deutschen (Erz-)Bistümer in Bezug auf die Nutzung erneuerbarer Energien und Energieeinsparung mit deutlichen Zeitvorgaben (z.B. fossilenergiefreies Bistum 2020), die über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehen.
- 197
- 198
- 199 • Strenge Vorgaben, um die Nutzung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs bei Dienstreisen aller Ebenen verbindlich zu machen.
- 200
- 201 • Verzicht auf Flugreisen bei kirchlichen Veranstaltungen: Bei unumgänglichen Ausnahmen Zahlung eines Klimaschutzbeitrages z. B. bei Atmosfair
- 202
- 203 • Verwendung von saisonalen, regionalen, fair gehandelten und wenn möglich biologisch erzeugten Lebensmitteln in allen kirchlichen Einrichtungen und bei kirchlichen Veranstaltungen
- 204
- 205
- 206 • Pachtanlass für Pächter kirchlicher Flächen, die nach den Richtlinien des ökologischen Landbaus wirtschaften
- 207
- 208 • Ökologie als festes Thema aller kirchlichen Ausbildungen und dazugehörigen Weiterbildungen
- 209
- 210 • Beachtung von Umwelt- und Sozialkriterien beim Einkauf von Ver- und Gebrauchsgegenständen, bei der Verwaltung der Anlage von kirchlichen Finanzen und bei Rahmenverträgen
- 211
- 212

213

214 **Forderungen aus dem Beschluss „(K)ein Leben ohne Plastik?“, 2019<sup>10</sup>**

- 215 • Die EU-Verordnung zum Verbot von Einwegplastik muss in allen Mitgliedsstaaten konsequent umgesetzt und deren Einhaltung überprüft werden.
- 216
- 217 • Die Herstellung von Kunststoffen muss im Bezug auf stoffliche Zusammensetzung und Recycelbarkeit strikt reglementiert und normiert werden.
- 218
- 219 • Anreizsysteme zur Kunststoffvermeidung müssen etabliert werden, z. B. durch die Besteuerung der Verwendung von Kunststoffen.
- 220

---

<sup>8</sup> [www.kljb.click/kircheundklimawandel](http://www.kljb.click/kircheundklimawandel)

<sup>9</sup> [www.kljb.click/schoepfungbewahren](http://www.kljb.click/schoepfungbewahren)

<sup>10</sup> [www.kljb.click/lebenohneplastik](http://www.kljb.click/lebenohneplastik)



- 221 • Die Forschung zum Zweck der Substitution von Kunststoffen durch ökologisch  
222 wertvollere Alternativen muss vorangetrieben werden.
- 223 • Durch entsprechende Bildungsmaßnahmen und Kampagnen müssen  
224 Verbraucherinnen und Verbraucher sensibilisiert und zur Müll-/Kunststoff-  
225 vermeidung motiviert werden.
- 226 • Durch entsprechende Kennzeichnungspflichten muss für Verbraucherinnen und  
227 Verbraucher die Recycelbarkeit von Kunststoffen ersichtlich sein.
- 228 • Innovative Projekte, die die Vermeidung von Einwegprodukten ermöglichen, sind  
229 zu fördern.
- 230 • Das Verpackungsgesetz muss v. a. in Bezug auf die Kunststoffvermeidung weiter  
231 verschärft werden.
- 232 • Die öffentliche Beschaffung in Bayern muss eine Vorreiterrolle in Bezug auf  
233 plastikfreie Alternativen einnehmen.
- 234 • Die Abfallwirtschaft ist u. a. durch Forschung dahingehend weiterzuentwickeln, dass  
235 aus „Downcycling“ echtes „Recycling“ wird und vorhandene Kunststoffe im  
236 Wertstoffkreislauf erhalten bleiben und die energetische Verwertung zur  
237 Ausnahme wird.
- 238 • Aufklärung und Transparenz bei Mülltrennung müssen dringend ausgebaut werden.
- 239 • Produkte aus Kunststoffen, die aus fossilen Ressourcen hergestellt werden, dürfen  
240 nur dann durch sog. (in der Herstellung sehr energieaufwendige) Bio-Kunststoffe  
241 ersetzt werden, wenn der Einsatz von Kunststoff überhaupt alternativlos ist.
- 242 • Echte Recycelbarkeit muss zum obersten Maßstab bei der Entwicklung neuer  
243 Kunststoffe werden.
- 244 • Unnötige Mehrfachverpackungen müssen vermieden werden.
- 245 • Bei der Verwendung von Kunststoffen müssen die Langlebigkeit von Produkten  
246 (z.B. Elektrogeräte) sowie ihre vollständige Rückführung in den Wertstoffkreislauf  
247 nach Ende der Lebensdauer oberste Priorität haben. Der Cradle-to-Cradle-Ansatz  
248 hat hier Vorbildcharakter.
- 249 • Der Verwendung von Recyclaten muss gegenüber der Verwendung „neuer“  
250 Kunststoffe Priorität eingeräumt werden.
- 251 • Wer Kunststoffabfälle verursacht (von der Herstellung bis zum Konsum), muss über  
252 die bisherigen gesetzlichen Regelungen hinaus die Verantwortung für die  
253 umweltgerechte Entsorgung und Verwertung von Kunststoffen übernehmen.
- 254

255 **Forderungen aus dem Beschluss „Dialog zur Artenvielfalt fortsetzen – auch nach**  
256 **dem Volksbegehren“, 2019<sup>11</sup>**

- 257 • Klare Begrenzung beim Flächenverbrauch bleibt ein KLJB-Thema. Wir sind in dieser Frage  
258 für eine gesetzliche Begrenzung auf 5 ha/Tag in Bayern und stehen einem neuen Volks-  
259 begehren im breiten Bündnis der Verbände und Parteien offen gegenüber (da nun die  
260 Anforderungen des Verfassungsgerichts bekannt sind).
- 261 • Kommunen und Freistaat als große Gebäude- und Flächeneigentümer werden dazu auf-  
262 gefordert, sich klare Regeln für eine ökologischere Gestaltung ihrer Freiflächen zu geben,  
263 mit mehr Mut zur blühenden Unordnung und als Vorbild für Privatgärten.
- 264 • Wer Gärten und Balkone bepflanzt, wird angehalten, sich mit der Artenvielfalt auseinan-  
265 derzusetzen, sich mit Obst- und Gartenbauvereinen und den Naturschutzbehörden und  
266 -verbänden zu vernetzen und selbst mit gutem Beispiel voran zu gehen. Auf synthetisch-  
267 chemischen Pflanzenschutz ist zu verzichten. Über Einschränkungen für z. B. Steinwüsten  
268 durch landesweite Ziele und kommunale Satzungen muss gesprochen werden.
- 269 • Klimaschutz bedeutet vorrangig Gewinn durch Verzicht und Beschränkungen für nicht  
270 mehr verantwortungsvolle Formen des Verkehrs, wie z. B. häufige Flugreisen und der  
271 Energieerzeugung durch Kohle.
- 272 • Behörden und weitere öffentliche Träger sollen ihre Vorbildfunktion und Verantwortung  
273 aktiv übernehmen und daher verstärkt regional und nachhaltig erzeugte und fair gehan-  
274 delte Lebensmittel verwenden.
- 275 • Wir rufen die sieben bayerischen Bischöfe dringend dazu auf, die beschlossenen Empfeh-  
276 lungen tatsächlich umzusetzen und der selbstgesetzten Berichtspflicht beim Controlling in  
277 drei Jahren besonders detailliert zu entsprechen.

278  
279 In Politik, Wirtschaft und Kirche wurde schon viel zur Thematik des Klimawandels diskutiert und  
280 versprochen. Jetzt ist es höchste Zeit, zu handeln und alle Forderungen der KLJB der letzten  
281 Jahre in die Tat umzusetzen – denn sie sind aktueller denn je.

---

<sup>11</sup> [www.kljb.click/beschlussartenvielfalt](http://www.kljb.click/beschlussartenvielfalt)